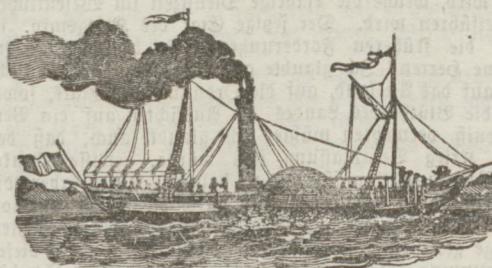


Danziger Dampfboot.

N° 101.

Montag, den 1. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portehajengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Netemeyer's Centr.-Btg. u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stanger's Annonc.-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 29. April. Bei der heute fortgesetztenziehung der 4. Klasse 131ster Königl. Klasse-Lotterie fiel 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 39,717, 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 79,342.
31 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 370, 2626, 2876, 3674, 3956, 5087, 7797, 8001, 8422, 8515, 9813, 10,301, 11,594, 13,039, 29,234, 29,397, 31,482, 41,948, 43,681, 44,900, 46,615, 50,633, 53,311, 60,815, 62,435, 62,530, 69,005, 80,377, 85,153, 88,825 und 90,515.

62 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 4575, 6431, 7672, 7978, 9739, 12,280, 16,472, 16,932, 17,323, 17,755, 19,594, 20,314, 21,459, 21,708, 22,637, 22,819, 24,277, 24,767, 26,498, 27,444, 32,254, 32,322, 32,367, 34,011, 35,128, 35,545, 36,988, 37,868, 38,542, 38,914, 40,360, 41,809, 42,561, 43,435, 46,011, 47,200, 51,087, 53,331, 54,094, 55,660, 55,966, 58,559, 60,974, 62,144, 62,279, 64,376, 64,689, 65,707, 68,223, 70,941, 72,327, 78,097, 79,095, 80,035, 82,124, 83,807, 89,140, 92,138, 93,392, 93,443, 93,813 und 94,050.

83 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 974, 1152, 1609, 3163, 3911, 4546, 6731, 6734, 8426, 9575, 12,456, 13,883, 14,145, 14,446, 14,659, 15,319, 15,373, 15,719, 15,951, 17,780, 17,780, 18,429, 19,395, 19,431, 19,901, 21,657, 22,259, 22,395, 22,829, 22,896, 26,186, 27,368, 29,399, 30,039, 30,286, 30,527, 30,585, 33,034, 35,766, 35,958, 38,081, 38,970, 39,551, 40,407, 40,976, 42,079, 42,745, 48,181, 52,287, 53,319, 53,978, 55,682, 55,818, 56,430, 57,540, 59,116, 59,817, 60,088, 60,856, 61,158, 64,797, 65,061, 65,726, 68,631, 69,500, 69,656, 70,093, 70,324, 73,402, 75,851, 76,659, 78,619, 79,596, 81,720, 82,531, 84,462, 85,688, 86,408, 90,277, 90,685, 91,615, 92,500, 63,006 und 94,164.

Privatanzeigen zufolge fiel obiger Hauptgewinn von 5000 Thlr. nach Berlin bei Atron.

Ermordung des Präsidenten Lincoln Kenntnis erhalten, sofort dem amerikanischen Gesandten beim Wiener Hof sowohl als auch durch die österreichische Gesandtschaft in Washington ihre tiefe Theilnahme an dem unglücklichen Ereignisse und die Hoffnung ausgesprochen, daß die verabscheunigungswürdige That weder auf die Herstellung des inneren Friedens der vereinigten Staaten, noch auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten einen nachtheiligen Einfluß ausüben werde.

Turin, Sonnabend 29. April.

In der letzten Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Resolution, daß die Stadt Turin sich um das Vaterland verdient gemacht habe, mit Acclamation angenommen.

Der Senat hat Artikel 1 des Rekrutierungsgesetzentwurfs abgelehnt, sodass die Böblinge der Seminarien auch ferner vom Militärdienste befreit bleiben.

Paris, Sonnabend 29. April.

Der Kaiser Napoleon hat heute Morgen die Reise nach Algier angetreten.

Der „Moniteur“ meldet heute, daß der Prinz Murat nach Nizza gegangen ist, um der russischen Kaisersfamilie die Beileidsbezeugungen des Kaisers und der Kaiserin der Franzosen auszudrücken.

Nach dem „Moniteur“ ist Sainte Beuve zum Senator ernannt. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ferner das Dekret, wodurch der Kaiserin für die Dauer der Abwesenheit des Kaisers der Titel Regentin beigelegt wird.

Meyerbeer's „Afrikanerin“ hat bei ihrer gestrigen ersten Aufführung einen außerordentlichen Erfolg erzielt. Die Begeisterung des Publikums wuchs von Scene zu Scene. Nach Beendigung der Vorstellung wurde der Vorhang noch einmal aufgezogen und man erblickte auf der Bühne die Büste Meyerbeer's, umgeben von den Schauspielern, welche dieselbe mit Lorbeerkränzen schmückten; das ganze Publikum erhob sich. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten der Vorstellung bis zum Schlusse bei.

Lyon, Sonnabend 29. April.

Der Kaiser Napoleon ist mit Enthusiasmus empfangen und hat heute der Vorstellung im Theater beigewohnt.

Lyon, Sonntag 30. April.

Der Kaiser Napoleon begrüßte heute Vormittag 10 Uhr den Kaiser von Russland und die kaiserliche Familie bei deren Ankunft auf dem Bahnhofe. Der Kaiser Napoleon hat um 11 Uhr Vormittags die Reise nach Marseille fortgesetzt.

Brüssel, Sonnabend 29. April.

In dem Besinden des Königs ist keine Änderung eingetreten. Privatanzeigen von gestern lauteten sehr befriedigend. Diesen Morgen war am Schlosse kein Bulletin angebracht.

Heutige Privatanzeigen über des Königs Besinden lauten unglücklich. Die Nacht soll schlecht gewesen, der Dr. Jenner von London zurückberufen und außerdem der hiesige Professor Deroubaix consultirt sein.

Brüssel, Sonntag 30. April.

Dem „Moniteur Belge“ zugolge haben der König und der Graf von Flandern durch ihre Adjutanten, sowie der Minister Rogier und seine Kollegen dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Mr. Sonford, ihr Bedauern und ihren Abscheu wegen der Ermordung des Präsidenten Lincoln ausgedrückt. Der „Moniteur“ begleitet ferner mit Ausdrücken lebhafter Sympathie die in gleichem Sinne in gestriger Sitzung

der Deputirtenkammer von Lehardy de Haerne gehaltene Rede.

Madrid, Sonnabend 29. April. Die in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gemachte Proposition einer Parlamentsuntersuchung über den Aufstand wurde mit 154 gegen 104 Stimmen verworfen.

London, Sonnabend 29. April. Nach Berichten aus New-York vom 19. d. Mts. Mittags hatte Präsident Johnson in seiner Antrittsrede, in welcher er sich über seine künftige Politik nicht ausgesprochen, die Überzeugung ausgedrückt, daß die Versäucher die vollste Strafe erhalten werden.

Mobile ist von den Unionstruppen besetzt worden. Der General der Konföderierten, Johnston, hat sich zurückgezogen. Man glaubt, er werde sich ergeben. Seward's Befinden hat sich gebessert.

Petersburg, Sonnabend 29. April. Das Prezgezeg mit den bereits bekannten Bestimmungen ist heute veröffentlicht worden. Ein Com-muniqué im „Journal de St. Petersburg“ gibt warmen Sympathien für Lincoln Ausdruck und spricht zugleich die Hoffnung aus, der Vicepräsident Johnson werde durch maßvolles Auftreten sich als ein würdiger Nachfolger des Verstorbenen zeigen.

K a n d i a g.

H a u s d e r A b g e o r d n e t e n .

42. Sitzung am 28. April.

Der Präsident Grabow leitet die Berathung des Berichts der 13. Comm. über den Gesetzentwurf betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, mit folgenden Worten ein: M. H. Wie ich schon in wiederholten Sitzungen der früheren Legislatur-Periode gesagt habe, halte ich auch diese Vorlage für eine der wichtigsten, die uns in dieser Legislatur-Periode wieder vorgelegt sind. Die Verpflichtung zum Kriegsdienste m. H. ist eine Vorlage gewesen, die den ganzen Verfassungs-Conflict zwischen uns und der Königl. Staatsregierung herbeigeführt hat. Ich möchte von meinem Standpunkte aus, daß es endlich möglich werde, nicht bloß die Vorlage der R. Staatsregierung in einer solchen Weise durch gegenseitige Verständigung zur Erledigung zu bringen, daß zu gleicher Zeit der tiefe Schaden des preußischen Landes, die Verfassungsverhältnisse mit erledigt werden können, und wenn ich von dieser Anschauung ausgehe, so ist es mein innigster Wunsch, daß es möglich werde, ohne die Verfassung in irgend einer Weise zu tangieren, uns mit der R. St.-Reg. zu verständigen. Freilich, nach dem vorliegenden Bericht finde ich einen solchen Inhalt nicht vor. Möge denn die Berathung, in die wir eintreten, die wichtigste, wie ich meine, der Königl. Staatsregierung und demnächst dem Hause der Abgeordneten die Veranlassung geben, endlich eine Verständigung über sie und über den ganzen Verfassungsconflict herbeizuführen.

Der Präsident bringt hierauf den von den Altliberalen (Bonin und Gen.) eingebrachten Gesetzentwurf als Amendment zur Regierungsvorlage zur Unterstüzung, die in ausreichender Weise durch die Katholiken und einige Mitglieder des linken Centrums erfolgt. Die Feudalen bleiben sitzen. (Den Antrag selbst haben wir bereits gestern mitgetheilt.)

Für den Bericht der Commission, der bekanntlich die Verwerfung der Regierungsvorlage beantragt, haben sich als Redner eintragen lassen die Abgeordneten Zweiten, Michaelis, Jung, v. Bockum-Dolffs, v. Kirchmann, Wachtel, Birchow, Jacoby, Schulze (Berlin), nachträglich auch Waldeck, der nach längerer Krankheit heute wieder in das Haus eingetreten ist; dagegen: Stavenhagen, Hahn (Ratibor), v. Ernsthausen, v. Bonin, Wagener (Neustettin), Graf Wartensleben, v. Vincke.

Gegen den Bericht der Comm. nimmt zunächst das Wort der Abg. v. Stavenhagen: M. H. Ich glaube, daß die Sache bereits nach allen Richtungen hin erörtert ist, so daß schon die vollste Klarheit darüber herrscht. Der Grund, welcher mich noch bewegt, darüber

Wien, Sonnabend 29. April.

Das Abgeordnetenhaus drückte auf den Antrag

Berger's sein Mitgefühl mit dem Schicksale des Präsidenten Lincoln und seine Sympathie für die Union durch Erheben von den Szenen aus.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Berathung über das Budget des Staatsministeriums beendet und dasselbe im Wesentlichen nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. So wurden namentlich 200,000 Gulden für den allgemeinen Dispositionsfonds bewilligt, während der Staatsminister v. Schmerling schließlich dem Antrag Szabel's, den Posten auf 400,000 Gulden zu fixieren, beigetreten war. Vor dem Schlusse der Sitzung legte die Regierung den in Berlin abgeschlossenen Zollvertrag dem Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Wie die Wiener „Abendpost“ vernimmt, hat die österreichische Regierung, nachdem sie von der

zu sprechen, ist der, den Standpunkt, welchen ich einnehme, darzulegen und meine Abstimmung zu motivieren. Ich erlaube mir auf die Worte hinzuweisen, die der Abg. Zwesten am 24. Januar bei Gelegenheit der Adreßrede ausgesprochen: "Ich bin weit entfernt davon, zu glauben, daß volle Eintracht zwischen Land und Krone hergestellt wird, auch wenn in der Militär-Angelegenheit ein Ausgleich herbeigeführt wird; es ist dies unmöglich, so lange das gegenwärtige Ministerium am Ruder ist. Trotzdem aber muß der Verfassungs-Conflict gelöst werden, da es die materiellen und moralischen Interessen des Landes durchaus erfordert." Der Abg. Zwesten hat damals auf die auswärtigen Verhältnisse hingewiesen, welche ein Einverständnis dringend verlangen, um das Ansehen Preußens dem Auslande gegenüber zu erhalten. Ich glaube auch behaupten zu können, daß der größte Theil der Mitglieder des Hauses mit der Absicht hierher gekommen ist, ein solches Resultat zu erreichen, und in der Hoffnung, es mit Zuthun der Staatsregierung auch erreichen zu können; ich meinerseits habe mich wenigstens stets darum bemüht. Wenn ich mich nun auch nicht der Hoffnung hingeben kann, daß durch die jetzige Verhandlung die Militärfrage vollständig gelöst werden kann, so kann doch wenigstens die Grundlage zu einer Einigung herbeigeführt werden, um darauf in den folgenden Sessionsen die Frage zum vollen Austrag zu bringen. Die Versöhnung ist ja auch von der Staatsregierung vielfach betont worden, schon die Chronrede macht Hoffnung auf ein Entgegenkommen der Regierung. In der ersten Zeit habe ich auch wirklich darauf gewartet, ohne jedoch die Erwartung in Erfüllung gehen zu sehen. Da kam nun endlich diese Gesetzesvorlage, und ich muß gestehen, daß sie die letzte Hoffnung völlig niedergeschlagen hat. Ich fand darin nichts weiter, als das Festhalten an dem Standpunkte, den die Regierung von Anfang an eingenommen hat. Ich ließ dennoch nicht die ganze Hoffnung sinken, indem ich auf das Ergebnis der Commissionsverhandlungen vertraute und immer noch ein Entgegenkommen der Regierung erwartete, um endlich die Worte der Versöhnung zur That werden zu sehen. Leider habe ich davon nichts gesehen und gehört. Ich frage deshalb nun: Was heißt denn der Satz, daß die Königliche Staatsregierung zur Versöhnung geneigt ist? Ich fordere die Mitglieder der Staatsregierung auf, Beweis dafür zu geben, daß diese Worte mehr sind, als eine bloße Redensart. (Sehr gut.) Bis jetzt ist es eine Phrase gewesen, der jede thathafte Unterlage fehlt. (Bravo.) Ich habe in der Commission ein Ammendment gestellt, wodurch ich eine Vereinbarung herbeizuführen hoffe, ein Ammendment, welches die Friedensstärke der Armee gesetzlich regeln sollte. Ich frage nun: Was hat die Regierung zu diesem Vorschlag gesagt? Eigentlich so gut wie gar nichts. Der Kriegsminister hat eine eigenhümliche Theorie entwickelt. Er sagt, die Staatsregierung könne ihr letztes Wort nicht eber legen, als bis sie der Majorität versichert sei. Die Majorität zeigt sich aber doch erst bei der Abstimmung, wenn es zum Reden zu spät ist. Die Staats-Regierung hatte aber nicht nur das höchste Interesse, sondern auch den größten Beruf dazu, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen. Aber nachdem, was ich gesehen habe, waltet dieser Wunsch nicht vor. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß es die Pflicht der Regierung ist, dadurch, daß sie sich bestimmt ausspricht, nicht das Ergebnis abzuwarten, sondern auf das Ergebnis hinzuwicken. Ich glaube auch, daß wenn die Regierung zu Seinem Ammendment eine andere Stellung eingenommen hätte, die Abstimmung in der Commission vielleicht anders ausgefallen wäre. Die Commission hätte sich durch das Auftreten der Regierung allerdings nicht bestimmen lassen sollen, sondern, wenn sie den Vorschlag für gerechtfertigt hielt, ihn festhalten und sich trotzdem für das Ammendment erklären müssen. Ich muß nun freilich constatiren, daß eben aus dem Grunde, die Aussicht auf Majorität oder wenigstens auf eine anständige Minorität (Heiterkeit) für mein Ammendment vollständig geschwunden ist. Aus diesem Grunde will ich es auch nicht weiter vertheidigen, obgleich ich der festen Überzeugung bin, daß es besser wäre, wenn das Haus eine solche Bestimmung annähme. M. H. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Staatsregierung fest und mit aller Bestimmtheit an dem Reorganisationsentwurf festhält, den sie von Hause aus angenommen hat. Wenn der Herr Kriegsminister nur die Ansicht hat, daß an der Reorganisation nicht gerüttelt werden darf, so kann man dies doch nicht damit vereinigen, daß die Regierung von Entgegenkommen spricht. Es wäre besser, wenn sie offen und fest sage: Wir können davon nicht abgehen, anstatt mit leeren Worten herumzuwerfen. Ich erkläre mich aber auf das Bestimmteste gegen den Commissions-Antrag, indem ich es für einen großen Fehler halte, im jetzigen Augenblick bei der reinen Negation zu verharren. Seit sechs Jahren hat das Haus in dieser Sache kein positives Wort gesprochen; man möchte dies wohl im fünften Jahre noch für zulässig erachten, wie man es aber im sechsten noch thun kann, ist mit unerklärlich. Ich werde deshalb gegen den Commissions-Antrag stimmen, eben so wenig aber für die Regierungsvorlage, weil sie total unannehmbar ist. Ich erkenne an, daß der Abg. Bonin in seinem Antrage von demselben Grundgedanken, wie ich, ausging, und wenn er sein Ammendment etwas modifizieren wollte, wäre es vielleicht annehmbar; in dieser Form ist aber Alles, was vorliegt, unannehmbar.

Abg. Zwesten. Die Behauptung meines Vorredners, daß die Verhältnisse in diesem Jahre mehr, als früher dazu geeignet wären, das Haus zu veranlassen, aus der Negation herauszutreten, als man es 5 Jahre lang für angemessen und ratsam hielt, kann ich nicht begreifen. Wir haben uns mehr als zuviel bemüht, ein Verständnis herbeizuführen. Ich bin der Meinung gewesen, daß, als im Jahre 1862 ein Wendepunkt kommen zu wollen schien, wesentlich ein positiver Standpunkt ein-

zunehmen sei, damit sich das Haus klar werde, was es bewilligen könnte und was es verweigern müsse. Im Jahre 1863 war die Mehrheit des Hauses der Meinung, den Gesetzentwurf anzunehmen, wie er in der Commission beschlossen worden war. Die wesentliche Modifikation war die gesetzliche Feststellung der 2jährigen Dienstzeit. Die Regierung erklärte damals, nicht darauf eingehen zu können, obgleich sie 1862 erklärt hatte, die 2jährige Dienstzeit sei prinzipiell annehmbar, seje nur einige andere Einrichtungen ic. voraus. In diesem Jahre nun hat sich das Ministerium entschieden gegen die 2jährige Dienstzeit ausgesprochen. Das Ammendment will nun der Regierung eine Brücke bauen; es will die 2jährige Dienstzeit fallen lassen und trotzdem ähnliche Resultate für die finanzielle Ereliehung des Landes herbeiführen, dadurch, daß die Zahl des Friedenspräsenzstandes festgesetzt wird, welche die 2jährige Dienstzeit im Wesentlichen herbeiführen wird. Der jetzige Etat des Kriegsmin. ist über die früheren Forderungen weit hinausgegangen. Meine Herren! Ich glaube allerdings, daß die Rückstetten auf das Ausland, auf die Ordnung des Etats, sowie auf die Blüthe des Landes die Aussichten auf ein Verständnis vermehrten müßte, ich glaube auch, daß der letzte Krieg Veranlassung sein würde, gewisse Punkte der Reorganisation für gut zu halten. Wenn aber die feudale Partei behauptet, daß durch die Reorganisation allein das hätte erreicht werden können, was im letzten Krieg geleistet worden, so lohnt es sich wohl nicht, dieser Behauptung gegenüber ein Wort zu verlieren. Ich bin überzeugt, mit Rückicht auf die Erfahrungen der letzten Jahre, daß das Land den Frieden wünscht. Dieses schöne Ziel hätte auch durch die Annahme des Ammendements erreicht werden können, welche auch wohl in Aussicht stand, sobald sich die Regierung darüber erklärt hätte, dies ist aber nicht geschehen. Wenn nun aber ein Vorschlag gemacht wird und der Minister sich nicht darüber erklärt, dann hört doch wohl die Verständigung auf. Die Minister haben ja aber ausdrücklich erklärt, daß eine Reduction des Heeres, die im Budget kennlich wäre, unmöglich sei, damit fällt natürlich jede Aussicht auf Verständigung.

Wir unsererseits haben alles gethan, um eine Verständigung zu ermöglichen; wir sind zurückgegangen mit dem Antrage des Abg. Stavenhagen auf das Anerbieten eines bloßen Präsenzstandes der Armee, wenn die Regierung Bedenken tragen sollte, die zweijährige Dienstzeit formell durchzuführen; die Regierung aber verweigert faktisch Alles. Sie erhöht das Kriegsbudget um 3 Millionen gegen 1863, sie geht weiter von Jahr zu Jahr. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, wir wären der angreifende Theil. Wir wollen nur unser Recht behaupten, ohne welches die Verfassung keinen Sinn und keine Constitution irgend welche Bedeutung hat. Neue Einrichtungen werden ins Leben gerufen ohne Zustimmung der Landesvertretung, und es wird sogar behauptet, die Regierung sei berechtigt, solche Einrichtungen zu erhalten und Geld darauf zu verwenden. Das ist der nackte Absolutismus; das Abgeordnetenhaus wird zur berathenden Versammlung herabgewürdigt. Die letzten Jahre haben allerdings gezeigt, daß wir nicht die Macht haben, diesem Treiben Eintrag zu thun, aber acceptiren wollen wir in keinem Falle die Rolle, zu der die Regierung uns verfassungswidrig herabdrücken will. Wenn die Regierung so fortfährt, ehe sie eine Verständigung sucht, so wird die Spaltung nur noch größer und eine Ausgleichung schwerer, und großes Unheil kann daraus entstehen, wenn in gefährlichen und dringenden Augenblicken eine Verständigung gesucht wird. Die Minister haben ja selbst schon zugestanden, daß der gegenwärtige Zustand nicht ganz mit der Verfassung vereinstimmt; aber m. H. der Eid, der auf die Verfassung geleistet ist, erfreibt sich nicht nur darauf, die Verfassung nicht zu brechen, sondern in Übereinstimmung mit der Verfassung zu regieren. Recht und Verfassung werden gebrochen, indem behauptet wird, es sei nicht mehr eine Recht, sondern eine Existenzfrage. M. H. ist wohl jemals schon gehört worden, daß die Regierung sagt: es kommt nicht mehr auf das Recht an, weil die Landesvertretung nicht Millionen von Thalern bewilligen will! Ist jemals der Rechtsstandpunkt und die Verfassung in dieser Weise mit Füßen getreten worden? Ich glaube, daß dieses Verfahren nichts anderes ist, als Rechtsverachtung und Willkür, und daß es, so lange es Wahrheit in der Geschichte gibt, als solches gebrandmarkt werden wird, und nicht nur die Geschichte allein wird ein solches Verfahren verurtheilen. (Lebhafte Bravo.)

Kriegs- und Marine-Minister v. Roon: M. H. Ich habe nicht die Absicht, mich auf eine Polemik einzulassen, zu welcher ich durch die Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners veranlaßt werden könnte. Ich beschränke mich darauf, gegen die Deutung, die ich zum Theil wenigstens als feindselige und unberechtigte bezeichnen muß, zu protestieren, so wie gegen die daran geknüpften Anschuldigungen. Wenn man, wie ich, das sechste Jahr auf einer Breite steht, so ist es nicht leicht, ohne Bitterkeit den Kampf fortzuführen, dessen man müde ist und dessen Hoffnunglosigkeit jedensfalls nicht zu seiner Fortsetzung ermutigt, besonders nicht, wenn man, wie ich, sehr häufig nicht mit sachlichen, sondern vielmehr mit politischen Parteidemotiven bekämpft wird. Wenn ich also auch nicht eine politische Rede halten will, wozu ich nicht berufen bin, so muß ich doch Eins her vorheben, es gibt Parteien, welche auf die Fortsetzung des Conflictes spekulieren. (Widerpruch, Zustimmung und Bewegung.)

M. H. Das Factum kann nicht bestritten werden. Extreme Parteien, die ihren Lebensgrund aus der Fortdauer des Conflictes ziehen, sind nimmermehr die Parteien der Regierung. Die Regierung hat Interesse, die Wunde zu heilen, nicht sie offen zu halten. Die Machtstellung Preußens, seine politische Action wird allerdings durch die Fortdauer der leider seit fünf Jahren bestehenden Zwistigkeiten nicht gestählt, nicht gefordert. Die Regierung aber, welche eine kräftige politische Action für die Aufgabe Preußens hält, kann die Fortdauer des

Conflictes nicht wünschen. Das bemerke ich dem Herrn Abgeordneten Stavenhagen auf seine Behauptung, der Wunsch nach Versöhnung sei eine leere Phrase. Wenn ich über die Sache spreche, so darf mich die Hoffnungslösigkeit, die Rücksicht auf das Land, auf die Pflicht meines Amtes nicht abhalten, das zu sagen, was zu sagen ist, und dazu bestimmt mich auch die doch nicht undenkbare Möglichkeit, daß meine Ausführungen, zur Auflösung des einen oder anderen Gegners beitragen können, selbst wenn solche durch eiserne Fesseln der Parteidisciplin in Banden geschlagen seien. (Lebhafte Widersprüche.)

Die Rücksicht auf politische Consequenz darf wohl den rechten Mann nicht abhalten, Meinungen zu ändern, sobald er sich überzeugt hat, daß der Vorwurf politischer Inkonsistenz sehr wohlfeil ist und im Widerpruch steht mit den Pflichten, die jeder rechtschaffene Mann in seiner Brust fühlen sollte. Patriotische Erwägungen sollten doch über kleinliche Erwägungen des Egoismus den Sieg davontragen. Ich komme zu dem Berichte der Commission. Das Verzeichniß der Hauptstreitpunkte ist nach meiner Ansicht ganz richtig. Vorher aber will ich noch bemerken, daß, wenn der Wunsch nach Verständigung aufrichtig wäre, die Commission nicht in dem Sinne zusammengelegt worden wäre, wie sie es tatsächlich war; auch die Farbung des Berichts beweist die Richtigkeit meiner Anerkennung, den Auslassungen der Opponenten ist offenbar ein breiterer Spielraum gewährt als den Auslassungen der Regierung. Die Präzenzzeit ist der erste und wie ich glaube der Hauptstreitpunkt.

Ich komme später auf die 2jährige Dienstzeit und beschränke mich nur auf die Bemerkung, daß das fortan unbedingte, gleichmäßige Festhalten an der 2jährigen Dienstzeit in dem Gesetzentwurf nicht ausgesprochen ist, daß also auch zu einer solchen schroffen Ausdrucksweise keine Veranlassung vorlag. Ausnahmen finden thathafte statt; so sind gegenwärtig bei der Infanterie über 11,000 Mann, die nur zwei Jahre dienen, in der ganzen Armee ca. 20 p. Ct. Die Regierung glaubt damit in der That bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen zu sein.

In dem Bericht ist von anderen Kriegsgesetzen, als von denen des Jahres 1814 geredet, nach meinen Auslassungen in den Commissionsitzungen hätte es heißen müssen: Vermeintliche Kriegsgesetze. Daß die Landeswehr ersten Aufgebots in gleicher Stärke mit dem stehenden Heere organisiert sein müsse, ist in meinen Augen eine Behauptung, welche auf eine Controverse gegen mich hinausläuft, ohne bewiesen zu sein. Ich will Niemanden verleeren, sondern nur streng an die Wahrheit halten, wenn ich sage: Seitdem ein Beschluß des Hauses nicht ausgeführt werden konnte, seitdem brennt der Konflikt nicht länger. Hinsichtlich des Präsenzstandes, der Vermehrung der Cadres u. s. w. frage ich, welche Concessione die Regierung denn eigentlich machen sollte. Sie kann überhaupt keine machen, so lange es sich um ungerechtfertigte Parteidewe handelt, das wäre einfach Pflichtverlegung; was geboten werden könnte, das hat man geboten. In dem Bericht ist ironischer Weise gesagt, die Regierung habe ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung an den Tag gelegt, daß sie an den Commissionsitzungen Theil zu nehmen erklärt hat. Ein objektiver Bericht, der so gefärbt ist, kann keinen Unspruch auf Objectivität machen. Nicht durch die Theilnahme an den Commissionsitzungen, sondern dadurch, daß sie nun schon zum vierten Male sich entschlossen hat, einen Gesetzentwurf einzubringen, den sie für unnötig hält, hat sie ihre Bereitwilligkeit bewiesen. Dieses friedsame Entgegenkommen ist nur eine Folge des Verfahrens der Regierung, welche immer wieder versucht hat, ob es nicht möglich ist, selbst nach dem Entbrennen des Conflictes, die Herren davon zu überzeugen, daß eine Anerkennung nicht möglich ist. Neuerdings, nachdem die eminenten Ereignisse des vergangenen Jahres, die Vortrefflichkeit der Reorganisation klar dargelegt haben, war die meiste Aussicht auf Verständigung vorhanden; das Land weiß, auf welcher Seite die Unversöhnlichkeit ist (Ja wohl), die Tendenzen, welche der Regierung feindselig gegenüberstehen, werden nicht von Allen geteilt.

Wenn man immer von einer Verletzung der Rechte der Landeswehr spricht, so kann davon nicht die Rede sein, sondern nur von einer Erleichterung ihrer Pflichten. Das will die Regierung, das will auch das Land, wie die zahlreichen Reclamationen beweisen. Diese Reform hat auch mein Vorgänger v. Bonin angestrebt, gegen dessen Autorität wohl Niemand etwas einwenden wird. Es ist gesagt worden, unsere Armee sei ein kostbares Material, nun, die Landeswehr besteht aus noch kostbarem. Deshalb darf ihre Kriegslüchtigkeit nicht vernachlässigt werden.

Ich muß dem Herrn Präsidenten sagen, daß ich noch lange nicht fertig, (Heiterkeit) aber vollständig erschöpft bin und bitte daher um eine Pause.

Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde vertagt. Um halb 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Kriegsminister v. Roon: Die Versuche vom Jahre 1852, um die hinsichtlich gewordene Instruction zu erledigen, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Andere Vorschläge vom Jahre 1859 führten ebenso wie die damalige Mobilisierung dahin, die Mängel des Instituts in eclatauer Weise aufzudecken. In einer Denkschrift meines Vorgängers, in welcher auch das Wesentliche der Reorganisation beantragt ist, wird auch dieser Gegenstand verhandelt. Die Verhältnisse des Jahres 1859 hatten überdies das Vertrauen auf ungefürte Friedensdauer nicht erweckt. Nach der Zwischenformation der sog. Landeswehrstamm-Bataillone reichte der damalige Kriegs-Minister im Einverständnisse mit den übrigen Ministern dem Könige eine Denkschrift ein zur Reorganisation der Armee und es ist noch heute meine feste Überzeugung, daß der General v. Bonin sich damit einen Denkstein in der Geschichte der Armee und des Landes gesetzt hat.

Diese Denkschrift enthält im wesentlichen das, was später die Reorganisation ausführte.

Ich habe also mit Recht sagen können, daß ich seine Erfahrung angetreten habe. Diese Denkschrift ist auf Grund der wiederholten Erfahrung über die nicht kriegsbereite Landwehr abgefasst, Erfahrungen von der Art, daß man bei der Flüchtigkeit aller Verhältnisse, bei dem Aufhören aller alten Allianzen, bei der Schwierigkeit der geographischen Position von Preußen nothwendiger Weise daran denken mußte, es sprunghafter, streitbarer, kämpfbereiter in Europa hinzustellen als auf Grund der alten Verfassung. Durch die von mir gemachten Mittheilungen ist nun wohl die Herbeiführung der Reorganisation und die anderweitige Stellung der Landwehr zur Feldarmee gerechtfertigt. Ich bin vorzugsweise deshalb so ausführlich, weil ich wünsche, daß diese Auseinandersetzung in das Land kommt.

Wenn man gesagt hat, mit dem Ende der Landwehr bereite man ihr nur ein ehrenvolles Begräbnis, so ist das nicht wahr. Die Landwehr soll eine Stellung erhalten, die ihrer würdig ist und ihren staatsbürgerlichen Interessen entspricht. Die jüngeren Brüder sollen zuerst ihre Haut zu Markte fahren, bevor die, welche Steuern zahlen können, an die Reihe kommen. Die Landwehr soll zusammengefügt werden aus wohlgeschulten, militärisch tüchtigen, ausgebildeten Soldaten, nicht aber aus Rekruten. Eine selbständige Hauptabteilung der Armee ist die Landwehr nie gewesen.

Der Minister sucht dies eingehend darzulegen und geht dann weiter auf den Bericht der Commission ein, dem er einige Unrichtigkeiten vorwirft. Derselbe sagt: Der wahre Gedanke der Landwehr, im Frieden ein kleineres Heer, im Kriege ein stärkeres Heer zu haben, sei verloren. Nun wir haben auch nach der Reorganisation ein kleineres Heer und unser Heer soll auch gar nicht so groß sein. Der Kriegsminister, der so wenig Staats-Minister wäre, um nicht die finanziellen Interessen des Landes zu schonen, der ist nicht an seinem Posten (sehr richtig! links). Ein stärkeres Heer können wir jeden Augenblick haben. Unsere verstärkte Armee und mit der Landwehr 1. Aufgebois sind wir jedem Nachbar gewachsen; aber erst seit der Reorganisation bin ich in der Lage, auszusprechen: wir fürchten uns vor Niemand! (Bravo! rechts) und haben Ursache, stolz zu sein auf unser Heer (Bravo rechts).

Der Minister führt darauf eine andere Stelle des Berichts an, daß die Regierung an kein Soldatenheer gedacht habe und daß man im Auslande von der Landwehr keine rechte Vorstellung habe; er geht darauf zu dem viersten Streitpunkte, der Verlängerung der Dienstzeit von 5 auf 7 Jahre, über, welche vom Standpunkte der Reorganisation den faktischen Hauptzweck der Vorlage bilden. Im Wesentlichen fällt dieser Streitpunkt mit dem vorigen zusammen, nämlich: soll die alte Landwehr in ihrer bisherigen Verfassung erhalten werden, so versteht es sich von selbst, daß von einer Verlängerung in der Reservenpflicht nicht die Rede sein kann. Die Regierung hat nichts weiter gewollt, als die Verlängerung der Reservenpflicht um 2 Jahre. Wenn man die dreijährige Dienstzeit und die zweijährige Reservenpflicht, die bisher bestehen, mit der zweijährigen Reservezeit, die wir mehr verlangen, zusammenzieht, so kommen 7 Jahre heraus.

Der Minister legt eingehend die Vorteile der 7jährigen Dienstzeit dar und daß nur mit der reorganisierten Armee der Krieg mit Dänemark in geschehener Weise zu führen gewesen sei, weil eine freiere Disposition über die Truppen durch die Reorganisation ermöglicht sei.

Es wird die 7jährige Verpflichtung verlangt, aber nicht die 7jährige Fahnenzeit. Es wird ferner hervorgehoben, daß die in § 15 des Gesetzes vom 3. Sept. 1814 gemachte Ausnahme mit deutlichen Worten auf die Zeit des wirklichen Krieges beschränkt sei und sich auf Mobilisierungen nicht beziehe. Warum aber sollen diese Leute, die wir für den Fall des Krieges zur Disposition stellen wollen, nicht kriegsbereit gestellt werden? Es ist sehr zu beklagen, daß man damit einen Druck auf die Regierung üben will, um dadurch eine nach meiner Ansicht unzulässige Concession zu erzwingen. Der berechtigte Interpret des Gesetzes von 1814 ist der, der es erlassen hat, also die Regierung.

Es ist viel davon gesprochen worden, daß die Bevollmächtigung der Gesetzlichkeit der 2jährigen Dienstzeit eine Gegenconcession sei. Wenn aber die Regierung dem Landtage vorschlägt, die nötigen Verbesserungen in der Wehrverfassung des Landes vorzunehmen, ist das eine Concession? Haben Krone und Landtag hier nicht das gleiche patriotische Interesse? Der einzige berechtigte Grund wäre die Kostspieligkeit; aber von Gegenconcessions kann man nicht sprechen, wo Concessions nicht verlangt werden.

(Der Minister widerlegt darauf die Behauptung, daß der Minister von Bonn der 2jährigen Dienstzeit wegen der Amtsgeschäfte sei.)

Auf den Schluß des Berichts übergehend, erklärt er, daß die Regierung gegenwärtig an dem Minimum ihrer Forderungen angelangt zu sein glaubt. In Bezug auf den drastischen Schluß des Berichts erwähne ich, die Regierung will die allgemeine Dienstzeit auf 3 Jahre festsetzen, die Regierung will die Pflicht für den Krieg von 12 auf 7 Jahre vermindern. Die Regierung will die wirtschaftlichen Kräfte des Landes schonen, indem sie die steuerzahrenden Familienväter von Leistungen zu befreien strebt, die die Eingelten-Interessen fördern. Das ist die Wahrheit; so steht es. (Bravo! rechts. Bischen links.) Nach dieser mehr als dreistündigen Rede des Kriegsministers wird die Debatte geschlossen.

Der Referent Abg. Kleist rechtfertigt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die dem Berichte vorgeworfenen Einseitigkeiten und Unrichtigkeiten, worauf der Kriegsminister erklärt, daß er geirrt haben könne, aber in gutem Glauben gehandelt habe.

Abg. Freiherr v. Hoverbeck wendet sich gegen eine Außerung des Kriegsministers, der eine Neuherierung, die er in der Commission gebraucht, dahn verstanden habe, daß die Regierung ihren Privatvortheil anstrebe und dies

als eine Verleumdung charakterisiert habe. Wenn die Auffassung richtig gewesen wäre, was aber nicht der Fall sei, so würde er bei dem Herrn Präsidenten einen Ordensstraf für den Herrn Kriegsminister beantragt haben. Er wunderte sich übrigens über die Empfindlichkeit bei einem Ministerium, welches seit 3 Jahren ohne einen Titel von Berechtigung das Geld des Landes verausgabt (Große Unruhe, lebhaftes Bravo! links, Bischen rechts.)

Der Kriegsminister bezieht seine Außerung lediglich auf den Inhalt des Berichts und fährt fort: Den Ausfall gegen die politische Empfindlichkeit des Ministeriums könnte ich dem Herrn Abgeordneten, wenn es bloß darauf ankäme Worte zu wechseln, vollauf zurückgeben, indem er ohne eine solche Empfindlichkeit schwerlich zu einer solchen beschuldigenden Imputation gelangt wäre. Ich muß mich vorläufig darauf beschränken, dem Abgeordneten, mit dem ich sonst keinen persönlichen Austausch zu haben pflege, darauf zu antworten, daß ich auf Neuherungen aus seinem Munde gar keinen Wert lege. (Große Unruhe.)

Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Ich sehe die letzte Neuherung des Herrn Kriegsministers, die mich kränken sollte, als eine Ehre für mich an. (Bravo, links.)

Der Präsident kündigt die Interpellation des Abg. Hammacher in Eisenbahn-Angelegenheiten an.

Schlüß der Sitzung 4 Uhr 5 Min.

Berlin, 29. April.

— In der gesammten europäischen Presse giebt sich die Theilnahme kund, welche die Ermordung des Präsidenten Lincoln hervorgerufen. Wie der „Star-Anzeiger“ berichtet, hat auch Dr. v. Bismarck eine Note an den hier beglaubigten Gesandten der Vereinigten Staaten Nord-Amerika's, Hrn. Judd, gerichtet und demselben darin die aufrichtige Theilnahme der königlichen Regierung an dem Verluste ausgesprochen, welchen die Vereinigten Staaten durch dies Verbrechen ersitten haben.

— Die Adresse preußischer Abgeordneten an den Gesandten der Vereinigten Staaten, welche der Abg. Dr. Löwe (Calbe) heute annonciert hat, lautet wörtlich:

„An Herrn Judd,
Gesandter der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Wir unterzeichneten Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses bitten den Herrn Gesandten, den Ausdruck schmerzlichster Theilnahme an dem schweren Verlust entgegen zu nehmen, den Staat, wie Volk der Vereinigten Staaten durch den Tod Ihres Präsidenten Lincoln erlitten haben, aber auch zugleich den Ausdruck des tiefsten Abscheus vor dem entseßlichen Verbrechen, dem er zum Opfer gefallen ist. Wir sind um so tiefer erschüttert von diesem Unglück, als es in dem Augenblick eingetreten ist, in dem wir uns der Kunde über den Triumph der Vereinigten Staaten hingen, und als der gleichzeitige Mordanschlag auf den treuen Genossen des Präsidenten Lincoln, auf Herrn Seward, der ihm mit Staats-Klugheit und Entschlossenheit bei der Erfüllung der schweren Aufgabe unterstützt hat, den entseßlichen Zweck des Verbrechens verräth, durch den Tod dieser Männer das Volk der Vereinigten Staaten der Früchte seines langen Kampfes und seiner opfermüthigen Hingabe gerade in dem Augenblicke zu rauben, in welchem ihm der Triumph des Rechts und der Gerechtigkeit den langen behrten Frieden zurückzuführen verspricht.

Herr Gesandter! Sie sind unter uns lebender Zeuge gewesen der herzlichen Theilnahme, welche das deutsche Volk dem Volke der Vereinigten Staaten während des langen und schweren Kampfes immer bewahrt hat; Sie wissen auch, daß es mit Freude und Stolz auf die Tausende seiner Söhne geblieb ist, welche in diesem Kampfe so entschlossen auf der Seite des Rechts und Gerechtigkeit sich gestellt haben. Sie haben auch gesehen, mit welcher Freude hier die Siege der Union begrüßt sind, und wie zuverlässig hier immer der Glaube an den endlichen Sieg der guten Sache und die Wiederherstellung der Union in alter Größe auch mitten im Unglück gewesen ist. Dieses große Werk der Wiederherstellung der Union wird, so hoffen wir zuversichtlich, durch dieses entseßliche Verbrechen nicht gebindert werden. Das Blut des großen und weisen Führers in diesem Kampfe wird die Union, für die er gestorben ist, nur noch mehr festigen, dafür birgt uns die unverbrüchliche Achtung vor dem Gesetze und die Liebe zur Freiheit, welche das Volk der Vereinigten Staaten selbst mitten in dem politischen Kampf des großen Krieges gezeigt hat.

Wir bitten Sie noch, Herr Gesandter, unserem Gefühle schmerzlichster Theilnahme und unserem Sympathie-ruß dem Volke und der Regierung für die Vereinigten Staaten bei demselben den geeigneten Ausdruck geben und zugleich den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung für Sie, Herr Gesandter, genehmigen zu wollen.

Berlin, den 28. April 1865.

Die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses.“

— Die hier verweilenden Amerikaner und deren Freunde wollen für den ermordeten Präsidenten Lincoln ein solernes Todtentenamt veranstalten. Wie uns mitgetheilt wird, sind zu diesem Zwecke bereits einige Kirchen städtischen Patronats zur Verfügung gestellt. Die Gedächtnisrede wird ein englisches Geistlicher halten.

— Die Depesche des amerikanischen Kriegsministers Stanton, in welcher derselbe dem Gesandten der Vereinigten Staaten in London die Ermordung des Präsidenten Lincoln angezeigt, lautet folgendermaßen.

„Sir! Es ist meine traurige Pflicht Ihnen zu melden, daß gestern Abend Se. Ex. Mr. Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, ungefähr um 1/21 Uhr

in seiner Privat-Loge in Ford's Theater in der Stadt erschossen worden ist. Etwa um 8 Uhr begleitete der Präsident seine Gemahlin ins Theater. Noch eine andere Dame und ein anderer Herr befanden sich bei ihnen in der Loge. Ungefähr um 1/21 Uhr während einer Pause trat der Mörder in die Loge, deren Thür unbewacht war, näherte sich rasch von hinten dem Präsidenten und feuerte ein Pistole auf seinen Kopf ab. Die Kugel drang in den Hinterkopf und ging beinahe ganz durch das Haupt. Der Meuchelmörder sprang sodann aus der Loge auf die Bühne, schwang mit dem Rufe: „Sie semper tyrannis!“ ein großes Messer oder einen Dolch und entwischte hinten aus dem Theater. Gleich nachdem der Schuß abgefeuert worden war, fiel der Präsident bewußtlos zu Boden und blieb bis 7 Uhr heute früh, wo er seinen letzten Atemzug hat, in diesem Zustande. Ungefähr um dieselbe Zeit, wo der Mord im Theater verübt ward, erschien ein anderer Meuchelmörder an der Thür der Wohnung des Herrn Seward, erlangte Zutritt unter dem Vorzeichen, daß er eine von seinem Arzt verordnete Medicin zu überbringen und ihm zu übergeben habe, und eilte in das Zimmer im 3. Stock, wo Herr Seward lag. Dort bemerkte er Hrn. Frederic Seward, versegte ihm einen Hieb über den Kopf, brachte ihm mehrere Wunden bei und zerschmetterte dessen Schädel an zwei Stellen. Die Wunden sind, wie man fürchtet, tödlich. Darauf stürzte er in das Zimmer, wo Herr Seward, der von seiner jungen Tochter und einem Krankenwärter gepflegt wurde, im Bett lag. Der Krankenwärter erhielt einen Stich durch die Lungen und wird vermutlich sterben. Der Mörder versegte hierauf Hrn. Seward mit einem Messer oder Dolche zwei Stiche in den Hals und zwei ins Gesicht und brachte ihm furchtbare Wunden bei. Um diese Zeit erreichten Major Seward, ältester Sohn des Staatssekretärs zu Hülfe. Auch sie wurden in dem Kampfe verwundet und der Meuchelmörder entwischte. Keine Arterie oder wichtiges Blutgefäß ward durch eine der dem Staatssekretär beigebrachten Wunden durchschnitten; aber er war lange in Folge des Blutverlustes ohne Beinnahme. Man hofft einige Hoffnung, daß sein Leben gerettet werden könne. Gleich nach dem Tode des Präsidenten ward der Vorfall dem Vice-Präsidenten Johnson angezeigt, der sich zufällig in der Stadt befand und auf den die Präsidentenwürde nun übergeht. Er wird heute sein neues Amt antreten. Der Mörder des Präsidenten ist entdeckt worden, und Beweise sind an den Tag gekommen, daß diese furchtbaren Verbrechen die Ausführung einer reiflich überlegten Verschwörung waren, welche die Rebellen unter dem Vorwande angezettelt hatten, den Süden zu rächen und der Sache der Rebellen Vorschub zu leisten. Doch hofft man, der direkten Thäter habhaft zu werden. Das durch diese Verbrechen verursachte Gefühl ist so stark, plötzlich und überwältigend, daß ich gegenwärtig nicht mehr Ihnen kann, als Ihnen die Thatachen mitzuteilen. Der Präsident hatte gestern so früh wie möglich einen Cabinettsrat einberufen, welchem General Grant beiwohnte. Er war heiterer und fröhlicher, als ich ihn je zuvor gesehen hatte, freute sich auf die nahe Aussicht eines festen und dauerhaften Friedens im Innern und mit dem Auslande, gab in auffallendem Grade das Wohlwollen und die Menschlichkeit seines Bebens kund, sowie den milden und zum Vergeben geneigten Geist, der ihn so sehr auszeichnete. Es war öffentlich angezeigt worden, daß er und General Grant im Theater erscheinen würden, und die Gelegenheit, den General-Chefenant der Zahl der zu ermordenden Opfer hinzuzufügen, wurde ohne Zweifel zur Ausführung der Pläne benutzt, welche offenbar seit einigen Wochen vorbereitet worden waren. General Grant jedoch war verhindert, zu erscheinen, und entging so dem gegen ihn gerichteten Attentate. Ich brauche nichts über den Einfluß zu sagen, welchen diese schreckliche Ermordung des Präsidenten möglicher Weise auf die Angelegenheiten unseres Landes ausüben wird; nur so viel will ich bemerken, daß die Frevelthäfen, zu welchen die Feinde des Landes ihre Zuflucht genommen haben, voraussichtlich in keiner Weise die Vaterlandsliebe unserer Landsleute schwächen oder die vollständige schließliche Niederwerfung der Rebellion verzögern werden. In diesem Schmerze über die Ereignisse, welche Ihnen mitzuteilen meine Pflicht war, habe ich die Ehre u. s. w.

Edwin M. Stanton.“

Über die Ermordung des Herrn Lincoln erfährt man noch folgende Details: Das Theater, in welchem die That verübt wurde, war gedrängt voll. Inmitten des dritten Aktes vernahm man einen Pistolenschuß, der Anfangs unbeachtet blieb, bis Lincolns Gemahlin laute Hülferufe ausstieß. Alles drängte zur Bühne; diese zeigte Blutsprünge, die abgefeuerte Pistole lag am Boden. Der Präsident wurde in ein nahegelegenes Privathaus gebracht und Schildwachen davor gestellt. Minister, Aerzte und Freunde umstanden sein Bett; Blut tropfte aus dem durchschossenen Schläfenbein, der Athem war schwer und die Bewußtlosigkeit ununterbrochen. Außer der Pistole ward der Hut des Mörders in der Loge und ein Sporn auf der Bühne gefunden. Beide Gegenstände wurden als Booty gehend erkannt. Dieser entfloß auf einem Pferde, mit dem Jemand vor dem Theater auf ihn wartete. Die Polizei telegraphierte sofort nach allen Richtungen hin, Patrouillen durchzogen die Stadt und das Haus Johnson's wird militärisch bewacht. Seward's Ermordung erfolgte gleichzeitig; sein Mörder ist unbekannt. (Anderen Nachrichten zufolge ist es Edwin Booth, der Bruder von Wilkes Booth). Ob eine weitverzweigte Verschwörung stattfand, ist noch ungewiß.

Über die Personalien dieser Brüder Booth wird erzählt, daß der Vater ein geborener Engländer war, der sich auf den Brettern in England und später in Amerika einen gewissen Ruf erworben hatte. Der Mörder Booth selber, der den Namen des berühmten englischen Demogogen John Wilkes führte, hatte sich, gleich seinen beiden Brüdern, ebenfalls der theatralischen Laufbahn gewid-

met, und wurde in den Vereinigten Staaten, auf deren verschiedenen Bühnen er als "Star" glänzte, als einer der besten tragischen Schauspieler angesehen. Namentlich war er durch sein Gastspiel im Jahre 1859 zu Richmond sehr bekannt geworden, alten außerhalb der Bühne als ein unmoralischer und keineswegs ehrbarer Mann wenig geachtet. Booth ist ein Mann von mittlerer Gestalt und charakteristisch ausgeprägten Zügen, aus denen ein höchst erregbares Temperament und eine ungemeine Energie spricht. — Die Familie des Mörders wohnt im Staate Maryland.

Interessant ist, daß in einer vor etwa 4 Monaten erschienenen Nummer des "Selma Dispatch", eines Blattes im Staate Alabama, folgende Anzeige zu lesen war: "Eine Million Dollar werden verlangt, um bis zum 1. März den Frieden zu erlangen. — Wenn die Bürger der südlichen Conföderation mir eine Million Dollars in baarem Gelde oder in gutem Papier liefern wollen, so werde ich Abraham Lincoln, William H. Seward und Andrew Johnson bis zum 1. März ermorden lassen. Dies wird uns zum Frieden verhelfen und die Welt überzeugen, daß Tyrannen in einem freien Lande nicht leben können." Wenn dies nicht ausgeführt wird, so wird nichts reklamirt werden, mit Ausnahme einer Summe von 50,000 Dollars, die vorausbezahlt werden muß und die nothwendig ist, um die drei Schurken zu erschlagen. Ich selbst werde 1000 Dollars zu diesem patriotischen Werke beisteuern. Jeder, der sich an diesem patriotischen Werke betheiligen will, schreibe an das Fach X Cahaba, Alabama. December 1. 1864."

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 1. Mai.

† Die von den Herren Heinrich Türgan und Heinrich v. Othegraven am vorigen Sonnabend veranstaltete dramatisch-musikalische Akademie war von einem sehr eleganten Publicum besucht. Sie wurde mit dem II. Act eines Trauerspiels von Rößing "Columbus" eröffnet. Die Herren Türgan, v. Othegraven, Schönleiter, Weber und Krieg recitirten ihn. Es soll, wie man uns sagt, dies Trauerspiel in Süddeutschland großes Aufsehen erregt haben. Aus dem einen Act, den wir durch die Recitation kennen gelernt, über das ganze Kunstwerk ein Urtheil zu fällen, ist uns allerdings nicht möglich. Nur so viel können wir sagen, daß die Sprache edel und schwungvoll ist, daß die Recitation die Tiefe des Gefühls und die Gemüthsinnigkeit vollkommen zur Geltung brachte. Die Schubert'schen Lieder, welche Herr Director Fischer vortrug, machten einen tiefen Eindruck auf unsern Gemüth. Die Vorträge des Fr. Hedwig Raabe waren durch alle Richter der reizendsten Naivität und eines überaus belustigenden, man könnte sagen — fast schelmischen Humors illustriert. Die Deklamationen der Herren Türgan und v. Othegraven waren künstlerisch schön.

† Heute befanden sich die Brüder Meseck unter der Anklage des fahrlässigen Banqueruts und des strafbaren Eigennützes vor den Schranken des Criminal-Gerichts, und wurde jeder von ihnen zu 6 Monaten Gefängniß, 1 Jahr Ehrenverlust und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

+ Der in diesem Jahre so ausnahmsweise freundliche April nahm gestern mit seinem letzten Tage seinen sonst üblichen Abschied durch Sturm- und Hagelwetter. Lange fuhr war Nachmittags durch den in großen Massen vom Exercierplatz herübergeführten Sand in förmliche Staubwolken gehüllt, die sonst am Sonntag stark frequentirte Allee war menschenleer. Der Genid-Starrkampf hat seit einigen Tagen in Langeführ und Umgegend wieder mehr um sich gegriffen und viele ältere Personen befassen. Neufahrwasser ist durch den zum Einlaufen sehr günstigen Wind von Schiffen belebt und der Kanal von beiden Seiten angefüllt worden.

§ Am Sonnabend Nachmittag wurde in der Breite-gasse ein ohne Aufsicht auf der Straße umherlaufendes kleines Kind überfahren.

§ Zwei vielfach bestraft Menschen versuchten am Sonnabend in eine bekannte Wohnung in der Fleischergasse einzudringen. Als ihnen der Einlaß verweigert wurde, zertrümmerten dieselben durch Steinwürfe die Fenster der Wohnung. Es wurde polizeiliche Hilfe requirierte, welche die Unruhestifter nach dem Gewahrsam abführten.

§ Heute früh ist vor der Thüre eines Hauses in der Langgasse eine neugeborene Kindesleiche gefunden worden.

§ Dem Rentmeister Steltner in Tiegenhof ist der Charakter als Domänen-Rath verliehen.

In Marienburg wurde am 24. d. Ms. der neue Gymnasial-Director Dr. Strehlke durch den Provinzial-Schulrat Dr. Schrader, in Gegenwart der städtischen Behörden, des Lehrer-Collegiums, vieler Schulfreunde und der Schüler des Gymnasiums, in das Amt eingeführt.

Stadt-Theater.

Die am vorigen Freitag stattgehabte Benefiz-Vorstellung für Fr. Hedwig Raabe war überaus zahlreich besucht und in That und Wahrheit ein rechter Ehrenabend für die gefeierte Künstlerin. Ihre Leistung in der Rolle des "Pariser Taugenichts" rief wieder einen nicht enden wollenden Enthusiasmus hervor. — Daz an Huldigungen alter Art, welche die Gefeierten dargebracht wurden, kein Mangel war, braucht nicht erst gesagt zu werden. — Gestern kam Albin i's reizendes Lustspiel: "Kunst und Natur" mit Fr. Hedwig Raabe in der Rolle der Polixena zur Aufführung. Die Wahrheit der Kunst und Natur, welche Fr. Hedwig Raabe auch in dieser Leistung mit Geist und Leben offenbarte, fand gleichfalls stürmischen Beifall. Die anderen einfälligeren Rollen wurden von Herrn Türgan (Graf Born), Herrn Freytag (Agamemnon Pünktlich) und Herrn Hampel (Husar Moritz Fliodor), wie von den

Damen Fr. Lüdt (Aurora) und Frau Wösch (Gräfin von Liliensfeld) sehr wacker gegeben. Das Zusammenspiel hätte, wir können es nicht verhehlen, etwas exacter sein können.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung am 29. April.

Präsident: Hr. Stadt- u. Kreis-Ger.-Rath Hahn; die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch Hrn. Assessor Mohrenberg; Vertheidiger: Hr. Justiz-Rath Bölk und Herr Rechtsanwalt Lindner.

Auf der Anklagebank a) wegen Meineids — der Schmiedemeister Matthias Wolff aus Bischofswalde bei Löbau, 44 Jahre, kath. Rel., bisher noch nicht bestraft, und dessen Schwester die verehelichte Arbeiterfrau Anna Gollatschek, 37 Jahre, kathol. Rel., bisher noch nicht bestraft, b) wegen Verleitung zu diesem Verbrechen — der frühere Pächter u. Winkelschreiber Joh. Michael Andreas Kiewert, 56 Jahre alt, kath. Rel., gegenwärtig im Zuchthause zu Graudenz.

Der Letztergenannte der drei Angeklagten Kiewert, befand sich bereits wegen Meineids in Gemeinschaft mit dem Zimmermann Lemke, der in Ober-Prangenau wohnhaft war, in der vorigen Schwurgerichts-Periode auf der Anklagebank. Lemke batte nämlich behauptet, dem Hofbesitzer Röschke zu Jetau hier im Juni 1862 auf dem Heumarkt vor dem Gasthof zum Stern die Summe von 17 Thlr. geliehen zu haben. Röschke hatte dies gelugnet und deßhalb sich nicht zur Zahlung der genannten Summe an Lemke bereit erklärt wollen, weshalb er von diesem beim Gericht verklagt und auch, da Lemke seine Behauptung beschworen und Kiewert einen Eid dagegen geleistet hatte, daß er gesehen, wie Lemke eines Tages hier auf dem Heumarkt im Juni 1862 dem Röschke eine Summe Geldes geliehen, zur Zahlung verurtheilt worden war. Darauf war durch Zeugen festgestellt worden, daß sich Röschke im Juni 1862 nicht zu Danzig befunden, wonach also, was er Lemke und Kiewert beschworen, falsch sein mußte. Sie sind denn auch beide vom Schwurgericht zur Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Zur Unterstützung seiner Aussage hatte Kiewert, den früher zu Ziegelei Babenthal wohnhaften Schmiedemeister Matthias Wolff und dessen Schwester, die Arbeiterfrau Gollatschek, welche eines Tages im Juni 1862 bei ihrer Anwesenheit in Danzig den Hofbesitzer Röschke aus Jetau hier auf dem Heumarkt gesehen haben sollten, als Zeugen vorgezöglichen. Diese Beiden haben denn auch am 30. April 1863 beim Kreis-Gericht zu Löbau beschworen, daß sie den Röschke eines Tales im Juni 1862 auf dem Heumarkt zu Danzig gesehen und daß ihnen Kiewert, mit welchem sie von Danzig nach Ziegelei Babenthal zurück gegangen, erzählt, Lemke habe am Röschke 17 Thlr. geliehen und er, Kiewert, sei als Zeuge zugezogen gewesen. Unter den obwaltenden Umständen waren sie gleichfalls des Meineids beschuldigt worden und waren schon in der vorigen Schwurgerichts-Periode des hiesigen Städte- und Kreisgerichts mit Lemke und Kiewert zusammen auf die Anklagebank gekommen, wenn ihr Aufenthalt damals zu ermittelten gewesen. Nachdem dieser ermittelt worden, befanden sie sich am vorigen Sonnabend unter der Anklage des Meineids auf derselben. Kiewert war beschuldigt, sie zu dem genannten Eid verleitet zu haben und deßhalb aus dem Zuchthause zu Graudenz, wo er seine Strafe abbüht, hierüber transportiert worden, um nochmals vor Gericht gestellt zu werden. Die Angeklagten Wolff und seine Schwester läugneten beharrlich das ihnen zur Last gelegte Verbrechen. Sie seien, sagten sie übereinstimmend, eines Tales im Juni 1862 hier vor dem hohen Thore mit der Arbeiterfrau Łodowska zusammen getroffen, welche auf einen an ihnen vorübergehenden Mann gezeigt und gesagt habe: da ist ja auch der Hofbesitzer Röschke aus Jetau. Der Mann, der sich dadurch bemerklich gemacht, daß er etwas gehämt, sei mit Kiewert und Lemke unter die auf dem Heumarkt stehenden Wagen gegangen und hier verschwunden. — Sie hätten den Lahmen Mann früher nicht gesehen, und nur von der Łodowska, die als Mädchen früher in Jetau gedielt, erfahren, daß er Röschke heiße und ein Hofbesitzer sei. — Ob aber der ihnen von der Łodowska gezeigte Mann wirklich Röschke gewesen, das hätten sie nicht gewußt und würden es auch heute noch nicht. Die Łodowska, welche als Zeugin vernommen wurde, behauptete, mit der Gollatschek und deren Bruder Wolff niemals im Juni 1862 auf dem Heumarkt zusammen getroffen zu sein. — Nur einmal im Jahre 1862, das sei aber drei Tage vor Dominik gewesen, habe sie die Gollatschek hier auf dem Fischmarkt getroffen. Die Zeugin nahm ihre Aussage auf den von ihr in derselben Untersuchungssache früher geleisteten Eid. Ihr Mann, der sich gegenwärtig wegen schweren Diebstahls hier in Untersuchungshaft befindet und am nächsten Sonnabend vor die Geschworenen kommt, wurde aus der Haft vorgeführt und gleichfalls als Zeuge vernommen; er bekannte, daß seine Frau von Lemke und Kiewert aufgefordert worden sei, vor Gericht zu beschwören, eines Tales im Juni 1862 mit dem Schmiedemeister Wolff und dessen Schwester Gollatschek auf dem Heumarkt in Danzig zusammen gewesen zu sein, daß sie aber dieses Anstellen auf seinen Rath und seine Weisung entschieden von sich gewiesen, um nicht einen Meineid zu begehen. — Die Aussagen anderer Zeugen, die vernommen wurden, hatten den Zweck, lund zu geben, daß sich Röschke im Juni 1862 an keinem Tage auf dem Heumarkt hier selbst befunden. — Das Verdict der Herren Geschworenen lautete in Betreff des Wolff und der Gollatschek auf Nichtschuldig — wahrscheinlich aus dem Grunde, weil sie der Aussage der Hauptzeugin, der Łodowska und der ihres Mannes, der selber schon aus früherer Zeit das Brandmaul des Verbrechens an der Stirn trägt und jetzt wieder unter der Anklage eines solchen steht, keinen vollen Glauben beizumessen vermochten. — Unter diesen Umständen mußte auch die in diesem Falle gegen Kiewert erhobene Anklage fallen. Denn selbstverständlich ist, daß wenn ein Ver-

brechen nicht als erwiesen angenommen wird, auch keine Verleitung zu demselben bestraft werden kann. Der hohe Gerichtshof sprach die Angeklagten auf Grund des Verdicts der Herren Geschworenen frei.

[Eingesandt.]

Mehrere Verehrer der höheren Tanzkunst machen das geehrte kunstliebende Publikum Danzig's auf die außerordentlichen Leistungen aufmerksam, welche in "Selonke's Etablissement" von der jugendlichen, eben so anmutigen und modesten Tänzerin Fräulein Dora Weykopf in den graziosesten Stellungen und zephyrartigen Pas zur Aufführung kommen. Diese junge Dame strahlt als glänzendes Gestirn in der Mitte der außerdem noch engagirten tüchtigen Gesellschaft. H.

Meteorologische Beobachtungen.

29	4	334,85	5,5	N.D., mäßig, meistens bew.
30	8	335,02	1 0	N., frisch, mit Schneeböen.
	12	335,29	0,4	N.D. stürmisch mit Schneeb.
1	8	338,83	2,2	Nördl. flau, bewölkt.
	12	339,10	4,6	do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angelkommen am 29. April:

2 Schiffe m. Stückgütern, 1 m. Dachpfannen, 1 m. Kohlen, 2 m. Heeringen, 1 m. Kaffee u. 9 Schiffe m. Ball.

Gesegelt: 3 Dampfer m. Getreide u. Gütern.

Angelkommen am 30. April:

3 Schiffe m. Heeringen, 1 m. Stückgütern, 1 m. Eisen, 8 mit Kohlen u. 7 Schiffe m. Ballast.

Angelkommen am 1. Mai:

1 Schiff m. Gütern, 2 m. Heeringen, 1 m. Kohlen u. 6 Schiffe m. Ballast.

Für Notthafen: 6 Schiffe m. Ballast, 4 von Stralsund, 1 v. Greifswald n. Stolpmünde u. 1 Schiff v. Rendsburg, n. Memel bestimmt.

Gesegelt: 1 Schiff m. Getreide.

Ankommend: 1 Schooner u. 1 Sloop.

Wind: Nord.

Course zu Danzig am 1. Mai.

		Brief Geld gem.
London	3 Mt.	11r. — 6.22s —
Hamburg	2 M.	151s —
Amsterdam	2 Mt.	142s —
Westpr. Pf.-Br.	3 1/2 %	85 —
do.	4 %	94s —
do.	4 1/2 %	100s —
Staats-Anleihe	4 1/2 %	102s —
do.	5 %	105s —

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 1. Mai.

Weizen, 600 Last, alt 131.32 pfd. fl. 467s; 129pfd. fl. 460; frisch, 133pfd. fl. 460, 465; 132pfd. fl. 440, 455; 130pfd. fl. 427s, 437s; 127, 28pfd. fl. 400, 420; 125, 26pfd. fl. 390; 124pfd. fl. 390 pr. 85pfd. Roggen, 122, 23pfd. fl. 242s pr. 81s pfd.

Kleine Gerste, 112pfd. fl. 213.

Weisse Erbsen fl. 335 pr. 90pfd.

Grüne Erbsen fl. 305 pr. 90pfd.

Die Magdeburger Feuerver sicherungs-Gesellschaft

versichert zu billigen und festen Prämien Gebäude, Mobilien und Waaren aller Art, sowohl in der Stadt als auf dem Lande.

Der unterzeichnete, zur sofortigen Vollziehung der Policien ermächtigte Haupt-Agent, sowie der Special-Agent Herr E. A. Kleefeldt, Brodbänken-gasse No. 41., Herr Herm. Gronau, Altstädtischen Graben No. 69 und Herr M. Löwenstein, Langgasse No. 39., ertheilen bereitwilligst jede zu wünschende Auskunft und nehmen Versicherungs-Anträge gern entgegen.

Carl H. Zimmerman,
Haupt-Agent,
Hundegasse No. 46.

Lotterie-Losse, 1/1, 1/2, einige 1/4 u. 1/8 4. Kl. noch sehr billig bei M. Schereck, Berlin, N. Schönhauserstr. 15. Bestell. per Telegr., per Postvorsch. oder gegen Einsendung des Betrags oder Theilzahlung.

Bon Bestem rothrindigen Edamer Käse, so wie Prima Speiseöl in vorzüglicher Qualität, traf eben neue Zufuhr ein u. offerirt davon zu billigen Preisen Bernhard Braune.

Pettschafte und Wäschestempel mit Vor- und Zuname hält stets Lager J. L. Preuss, Portehaisengasse 3.

Ein großer Keller auf dem 3. Damm Nr. 17. ist zu verpachten.